

Gesetz zur passiven Selbstbedienung

Stadt bezahlt Ausschussvorsitzende, solange der Rat es nicht verhindert

Von Sebastian Smulka

Unna. Der Vorsitz in einem Ausschuss soll Ratsleuten ein monatliches Zubrot von 386,80 Euro bringen. Einen Haken hat die Sache aber: Der Rat der Stadt kann auf die Regelung verzichten – und steht vor einer Gewissensfrage.

Lange Zeit sah es so aus, als käme über die Politik ein warmer Regen, gegen den sie sich gar nicht wehren kann: Ein Landesgesetz zur Stärkung des politischen Ehrenamtes sieht die Vergütung für Ausschussvorsitzende vor. Und was Gesetz ist, das muss man nun mal hinnehmen. Erst ein „Schnellbrief“ des Landes stellt nun aber klar: Muss man nicht.

Dem Rat der Stadt steht es frei, Ausschüsse aus dieser Regelung herauszunehmen, und zwar alle. Er müsste dafür allerdings aktiv werden. Ansonsten wird die Stadtverwaltung das Gesetz einfach anwenden und den Vorsitzenden politischer Ausschüsse ab 1. Januar mehr Geld auszahlen. 386,80 Euro monatlich sind dafür vorgesehen – zusätzlich zur Aufwandsentschädigung des Ratsmitgliedes in gleicher Höhe.

Elf Ratsmitglieder kämen in den Genuss dieser Regelung. Sechs von ihnen gehören der SPD-Fraktion an, drei der CDU-Fraktion und zwei den Bündnisgrünen. 51.000 Euro Mehrkosten kämen auf die Stadt zu. Ein Teil dieser Beträge würde in den Parteikassen von SPD, CDU und Grünen landen,

die ihre Ratsmitglieder in unterschiedlichen Höhen zum Spenden verpflichten.

Dass es der Stadtrat selbst in der Hand hat, diese Mittel fließen zu lassen, scheint einen Teil der Fraktionsvorsitzenden zu überraschen. Volker König (SPD) und Rudolf Fröhlich (CDU) hatten bis gestern keine Gelegenheit, den Schnellbrief des Landes zu lesen. Wo ihre Fraktionen in dieser Frage stehen werden, ließen sie offen. Fröhlich gab lediglich eine persönliche Einschätzung bekannt: „Ich kann sagen, dass Ausschussvorsitzende, so sie ihre Aufgabe ernstnehmen, einen erheblichen Mehraufwand haben. Es wäre nicht falsch, dies mit einer entsprechenden Vergütung anzuerkennen“, sagt er.

Die Bündnisgrünen dagegen lehnen den Aufschlag ab und verzichten damit auf gut 4.600 Euro jährlich für die Parteikasse. „Es wäre ein Unding, wenn wir uns da selbst bedienen“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert, die mit ihrer Fraktion vor Kurzem schon gegen höhere Fraktionszuwendungen gestimmt hatte.

FLU-Fraktionschef Klaus Göldner hält Aufschläge für Ratsmitglieder für ein „falsches Zeichen in einer Zeit, in der dem Bürger immer tiefer in die Tasche gegriffen wird“. Und er meint: „Ausschusssitzungen werden von der Verwaltung vorbereitet, nicht von den Vorsitzenden. Sie haben nur eine Moderatorenfunktion und müssen dafür lediglich die Drucksachen gelesen haben.“

Mehr Geld in der Politik

Unna. Vorsitzende von politischen Ausschüssen sollen künftig monatlich 386,80 Euro beziehen. Überraschend bekommt der Stadtrat aber die Möglichkeit, dieses Gesetz außer Kraft zu setzen – wenn er es will. ↗ Seite 17